

Zur Neuorientierung
der finnisch-deutschen Beziehungen
nach 1945

Beiträge von Teilnehmern
des finnisch-deutschen Seminars
– 4. Snellman-Seminar –
5. 3. – 9. 3. 1997
in Haus Rissen/Hamburg

**Zur Neuorientierung
der finnisch-deutschen Beziehungen
nach 1945**

Wirtschaft und Handel

Veranstalter:

STIFTUNG ZUR FÖRDERUNG DEUTSCHER KULTUR
Helsinki

ALFRED TOEPFER STIFTUNG F. V. S.
Hamburg

Saksalaisen kulttuurin edistämissäätiön julkaisuja; 8
Skrifter utgivna av Stiftelsen för främjande av tysk kultur; 8
Veröffentlichungen der Stiftung zur Förderung deutscher Kultur; 8

Helsinki
1998

ISSN: 11237-7422

© Herausgeber: STIFTUNG ZUR FÖRDERUNG
DEUTSCHER KULTUR/Helsinki
ALFRED TOEPFER STIFTUNG F.V.S./Hamburg

Redaktion: Waltraud Bastman-Bühner (Gesamtkonzeption)
Hannes Saarinen

Satz und Druck: Todt-Druck GmbH, D-78048 Villingen-Schwenningen

Exemplare können angefordert werden bei:
Stiftung zur Förderung deutscher Kultur
Munkkiniemen Puistotie 18 B/47
FIN-00330 HELSINKI
E-mail: pub@ae.pp.fi, Fax: Int. + 358 9 485787

Inhalt

VORWORT	7
----------------------	---

Peter Bazing

Zur Eröffnung des 4. Snellman-Seminars	9
----------------------------------------------	---

DIE POLITISCHE AUSGANGSPOSITION

Hannes Saarinen

Deutschland und Finnland im Jahr 1945	13
---------------------------------------------	----

Dörte Putensen

Die Wiederaufnahme der deutsch-finnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg	17
-------------------------------------------------------------------------------------------	----

TRANSPORTPROBLEM ALS RAHMENBEDINGUNG

Hans Böhme

Strukturen und Perspektiven des Ostseeverkehrs seit 1945	27
----------------------------------------------------------------	----

Claus-Achim Eschke

Schiffahrt tut not – Schiffstransporte ohne Alternative	35
---------------------------------------------------------------	----

NEUBEGINN VON UNTERNEHMENSTÄTIGKEIT IM DEUTSCH-FINNISCHEN WIRTSCHAFTSGEFLECHT Erinnerungen und Erfahrungsberichte

Erik von Knorre

Der reale Wiederbeginn – Überblick über die deutsch-finnischen Wirtschaftsaktivitäten bis zum Wirksamwerden der deutschen Teilung	57
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Hans E. Selle

Der Wiederbeginn der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Finnland – Am Beispiel von Bayer	67
------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Eric Bargum

Erinnerungen	75
--------------------	----

DER HANDEL MIT ZWEI DEUTSCHEN STAATEN

Manfred Menger

Zu den Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Finnland in den fünfziger und sechziger Jahren	83
--------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Bernd Fischer

Magnet Wirtschaftswunderland? – Die entstehende Bundesrepublik – Großabnehmer oder Großlieferant?	93
------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

DER DEUTSCH-FINNISCHE HANDEL IN DER POLITISCHEN DISKUSSION BEIDER LÄNDER

Tapani Paavonen

Die Stellung Deutschlands im finnischen Außenhandel
und in der finnischen Handelspolitik 1949–1961 109

Erkki Teräväinen

Das Bild der finnischen Wirtschaft in den Jahren 1956–1962 121

EINZELPROBLEME UND AUSBLICK

Tilman Jentzsch

Die Personalpolitik deutscher Tochtergesellschaften in Finnland 133

Peter A. Fischer/Marc Suhrcke

Die finnisch-deutschen Beziehungen in einem sich integrierenden Europa 145

ANHANG

Überblick über das 3. Snellman-Seminar 171

Johan Vilhelm Snellman

Finnischer Nationalphilosoph und Staatsmann. 173

Vorwort

Zum Thema *Neuorientierung der finnisch-deutschen Beziehungen nach 1945* luden die Stiftung zur Förderung deutscher Kultur/Helsinki (Aue-Stiftung) und die Alfred Toepfer Stiftung F.V. S. zu Hamburg Wissenschaftler und Sachverständige zu den Seminaren 3 (1995) und 4 (1997) ein und setzten damit die mit der finnisch-deutschen Snellman-Seminar-Reihe begonnene Zusammenarbeit fort. Während sich das 3. Snellman-Seminar auf *Politik und Geschichte* (s. Anhang Seite 171) bezog, behandelte das 4. *Wirtschaft und Handel*. Beide Seminare fanden im Haus Rissen, dem Institut für Politik und Wirtschaft, in Hamburg statt.

Wirtschaft und Handel 5. – 9. 3. 1997

Mit dem vorliegenden Band werden die Referate des 4. Snellman-Seminars veröffentlicht. Ebenso wie beim Thema *Politik und Geschichte* zeigte sich auch hier bereits bei der Planung dieses Seminars, daß die Erforschung der finnisch-deutschen Beziehungen in der Zeit nach 1945 erst vor ihrem Beginn steht und noch nicht auf umfangreiche Forschungsergebnisse zurückgegriffen werden kann. Die Öffnung der Archive verspricht ein weites Terrain für größere wissenschaftliche Untersuchungen, die – entsprechend ausgewertet – die finnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen unterstützen und durch die Kenntnis ihrer geschichtlichen Entwicklung und Besonderheiten bereichern können. Nach Meinung der Veranstalter stellt dies für finnische und deutsche Forscher eine gleichermaßen interessante Herausforderung dar, zumal Deutschland seit langem Finnlands wichtigster Handelspartner ist.

Ein Auftrag dieses Seminars bestand darin, Zeitzeugen und junge Forschende zusammenzuführen, dem voll Rechnung getragen werden konnte. So haben die Herren *Eric Bargum, Friedrich Russegger und Erik von Knorre* als „Männer der ersten Stunde“ mehrfach mit eindrucksvollen Kommentaren und Schilderungen die Situation nach Kriegsende und den anschließenden Wiederaufbau der Handelsbeziehungen veranschaulicht. Das Seminar wurde unter der bewährten Regie von *Botschafter Peter Bazing* geführt, für die wissenschaftliche Planung zeichnete *Prof. Dr. Hannes Saarinen/Helsinki* verantwortlich, tatkräftig unterstützt von *Dr. Robert Schweitzer/Lübeck*.

Die Diskussionen zu den jeweiligen Beiträgen hier wiederzugeben, würde den Rahmen dieser Publikation sprengen. Sie waren aber wesentlicher Bestandteil des Seminars, haben diesem über die Themen hinausgehende Perspektiven verliehen und sollen hier nicht unerwähnt bleiben.

Wir danken auf das herzlichste allen Teilnehmern, vor allem aber der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. zu Hamburg, die mit dem hervorragenden Arrangement im Haus Rissen in Hamburg eine angenehme Tagungsatmosphäre schuf und damit wesentlich zum Gelingen des Seminars beitrug.

Nicht zuletzt geht ein sehr herzlicher Dank der Veranstalter und Teilnehmer an Frau *Konsulin Anneli Koch* vom Finnischen Generalkonsulat in Hamburg für die Aufmerksamkeit, die sie dem Seminar widmete und für einen anregenden, Gaumen und Sinne verwöhnenden Abend in ihrem schönen Heim.

Helsinki, im Juni 1998
Waltraud Bastman-Bühner
Stiftung zur Förderung deutscher Kultur

Zur Eröffnung des 4. Snellman- Seminars

Peter Bazing

Botschafter a. D., geb. 1930 in Stuttgart. Jura-Studium in Mainz und Freiburg/Brsg. 1955 Eintritt i. d. Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland, 1957–1969 auf Posten in Athen, Zürich, Alexandria, Lomé/Togo, Den Haag, 1969/70 Stv. Sprecher d. Ausw. Amtes Bonn, 1971–77 Referatsleiter, 1977–82 Gesandter (Leiter d. Pol. Abtlg.) a. d. Botschaft in Washington, 1982–89 Stv. Leiter Planungsstab, Leiter d. Unterabtlg. Vereinte Nationen in Bonn, 1989–95 Botschafter in Finnland.



Wenn eine so kompetent besetzte Veranstaltung schon die Nummer Vier trägt, also die vierte in einer Reihe ist, darf man, so meine ich, durchaus schon von einer guten und anspruchsvollen Tradition sprechen, die sich hier entwickelt. In keinem anderen Gremium werden nach meiner Kenntnis die finnisch-deutschen Beziehungen in ihren verschiedenen historischen und aktuellen Aspekten ähnlich intensiver sachkundiger Betrachtung unterzogen wie in den Snellman-Seminaren.

Finnland und Deutschland sind als Partner in der Europäischen Union eng verbunden. Beide Länder tragen gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft unseres Kontinents. Im Hinblick auf diese Verantwortung, die wir miteinander teilen, ist es wichtiger denn je, ein klares und zutreffendes Bild des vielfältigen Erbes und der geschichtlichen Entwicklungen zu gewinnen, auf denen sich die deutsch-finnische Partnerschaft aufbaut. Während meiner Tätigkeit in Finnland hat mich immer wieder die Erkenntnis stark berührt, wie vielfältig doch die durch lange Zeiten hindurch gewachsene Substanz finnisch-deutscher Begegnungen ist und wie wenig davon der heutigen Generation in beiden Ländern bewußt ist.

Die bisherigen Snellman-Seminare haben, jedes mit einem anderen thematischen Schwerpunkt, so manchen Schatz gehoben und ans Licht gebracht. Unser heute beginnendes Seminar trägt erneut etwas zu dieser wichtigen Arbeit bei. In Fortsetzung der Linie, die mit dem dritten Snellman-Seminar begonnen wurde, wollen wir uns auch diesmal wieder ein Stück des Neubeginns in den bilateralen Beziehungen nach 1945 vergegenwärtigen. Im Herbst 1995 waren es Wiederanknüpfungen in Politik und Geschichte, die Gegenstand der Betrachtungen waren; jetzt widmen wir uns der Wirtschaft und dem Handel zwischen den beiden Ländern nach 1945. Wir werden in diesen Tagen also einer Entwicklung nachspüren, in deren Verlauf Finnland und Deutschland nach der Katastrophe des 2. Weltkriegs sich schrittweise – gemeinsam tastend – allmählich wieder Bereiche erschlossen, in denen sie nutzbringend miteinander verkehren konnten. Finnland und Deutschland fanden bei aller Verschiedenheit ihres jeweiligen Nachkriegsschicksals doch Mittel und Wege, die Kontakte miteinander wieder aufzubauen und dabei ihre wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Es war die Wirtschaft, die auch in den kältesten Jahren des Kalten Krieges dafür sorgte, daß man Verbindung miteinander hielt und für beide Seiten Positives zustandebrachte. Als es zwischen dem geteilten Deutschland und dem eine Neutralitätspolitik verfolgenden Finnland volle diplomatische Beziehungen noch nicht geben konnte, lag die Pflege der Verbindung in den Händen von offiziellen Handelsvertretungen – ein Hinweis darauf, daß die Wirtschaft im weitesten Sinn in je-

nen schwierigen Jahren den Weg aus der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft wies. Die Zeit nach 1945 gehört hinsichtlich des Verhältnisses zwischen unseren beiden Ländern, wie uns allen sehr bewußt ist, zu den diffizilsten Perioden in unserer beiderseitigen Geschichte. Gerade deshalb ist es von besonderer Bedeutung, jene Jahre nicht einfach klischeehaft, sondern möglichst konkret ins Auge zu fassen. Mein Eindruck vorab ist – und ich bin zuversichtlich, daß sich dies im Verlauf dieser Tage bestätigt –, daß allen Schwierigkeiten zum Trotz selbst in dieser problembeladenen Zeit den bilateralen Beziehungen doch wieder ein Stück guter Substanz hinzugefügt wurde.

Es ist deshalb ein großes Verdienst der Stiftung zur Förderung deutscher Kultur (Aue-Stiftung)/Helsinki und der Alfred Toepfer Stiftung /F.V.S. Hamburg, daß sie in gemeinsamer Anstrengung und Förderung dieses 4. Snellman-Seminar ermöglicht haben. Ich möchte den leitenden Persönlichkeiten beider Stiftungen, die hier bei uns sind, Frau Bastman-Bühner und Herrn Dr. Flitner, in unser aller Namen ein ganz herzliches Wort des Dankes sagen für alle Mühe und Arbeit, die sie für das Zustandekommen des Seminars auf sich genommen haben – und einen nicht weniger herzlichen Dank für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel durch die Stiftungen, Mittel, ohne die ja eine solche Zusammenkunft von vorzüglichen Fachleuten gar nicht möglich wäre.

Ein großer Dank gilt ebenso auch den beiden wissenschaftlichen Stützen dieses Seminars, Herrn Professor Dr. Saarinen und Herrn Dr. Schweitzer. Sie haben am Zustandekommen des inhaltlich so attraktiven Programms entscheidenden Anteil. Es ist alles andere als einfach, in der Weise, wie es jetzt im Seminar geschieht, Zeitzeugen und wissenschaftlich Forschende um einen Tisch zu versammeln. Ich freue mich sehr, daß es gelungen ist, Persönlichkeiten, die in den Jahren und Jahrzehnten nach 1945 in den deutsch-finnischen Wirtschaftsbeziehungen engagiert waren, als Teilnehmer zu gewinnen. Ich möchte stellvertretend für diese Gruppe den Senior der hier Anwesenden und Ehrenvorsitzenden der Deutsch-Finnischen Handelskammer, Herrn Friedrich Russegger, herzlich begrüßen. Herr Russegger, vielen Dank, daß Sie die Reise von Bad Homburg nach Hamburg auf sich genommen haben, um anläßlich dieses Seminars bei uns zu sein.

Ich bin gewiß, daß wir alle während dieser Tage außerordentlich anregende, lehr- und erkenntnisreiche Referate und vertiefende Diskussionen haben werden. Unser Meinungsaustausch wird, so glaube ich, noch zusätzlich dadurch erleichtert, daß viele von Ihnen, verehrte Anwesende, sich schon lange persönlich kennen und keine Zeit damit verschwenden müssen, sich erst einmal gegenseitig zu beschnuppern.

Mit meinem Dank an Sie alle für Ihre Teilnahme verbinde ich den Wunsch, daß diese Tage für jeden Einzelnen von Ihnen interessant und lohnend werden mögen. Je intensiver und klarer wir uns Sachfragen und Entwicklungen vor Augen stellen können, desto größer wird auch der Gewinn für die freundschaftliche und verständnisvolle Partnerschaft zwischen Deutschland und Finnland sein. ■

DIE POLITISCHE AUSGANGSPOSITION

Deutschland und Finnland im Jahr 1945

Hannes Saarinen

Prof. Dr. phil., geb. 1946 in Helsinki. 1974 Promotion/Freie Universität Berlin. Seit 1980 am Historischen Institut der Univers. Helsinki tätig, seit 1990 dort als Professor. Zahlreiche Veröffentlichungen auf deutsch und auf finnisch zur europäischen Geschichte, zu den deutsch-finnischen Beziehungen im 19. und 20. Jh., zur Geschichte des Ostseeraums und zur Kulturgeschichte Berlins.



Das Jahr 1945, als der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, ist oft als „Stunde Null“ der deutschen Geschichte bezeichnet worden. Konkret war damit die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945 gemeint. Die nationalsozialistische Diktatur, die ganz Europa mit Krieg überzogen hatte, war an ihr Ende gelangt, aber damit hatte auch das von Bismarck 1871 geschaffene Deutsche Reich zu existieren aufgehört. Deutschland war von nun an von den Truppen der Alliierten besetzt. So ist es verständlich, daß die einen vor allem von Niederlage und Katastrophe, andere aber von einer Befreiung sprachen. Im weiteren Sinne war mit der „Stunde Null“ der moralische Zusammenbruch einer ganzen Nation gemeint, verbunden mit der Chance eines Neuanfangs. Wie es weitergehen würde, war jedoch für die Menschen damals noch keineswegs sichtbar.

In Finnland, dem Waffenbruder Deutschlands der Jahre 1941 bis 1944, sah die Lage im Mai 1945 anders aus. Während zu Beginn des Jahres noch innerhalb der Grenzen Deutschlands gekämpft wurde, die Flächenbombardements deutscher Städte mit Dresdens Untergang ihren Höhepunkt erreichten, hatten an der finnisch-russischen Front schon seit September 1944 die Waffen geschwiegen.

In Finnland hat es keine vergleichbare „Stunde Null“ gegeben. Angesichts der nach 1944 erfolgten Neuorientierung in den Beziehungen zur Sowjetunion und des Linksrucks in der finnischen Innenpolitik haben manche Historiker von einer Zweiten Republik gesprochen. Das Entscheidende ist jedoch, daß auch die sog. Erste Republik im Krieg eine Demokratie geblieben war und daß 1944 die erst knapp dreißig Jahre bestehende staatliche Selbständigkeit des Landes bewahrt worden war. Finnland hatte Glück. Es war dem Land noch rechtzeitig gelungen, ohne Souveränitätsverlust aus dem Krieg auszuscheiden. Finnland hatte zwar territoriale Verluste hinnehmen müssen, aber es wurde nicht von sowjetischen Truppen besetzt. Der Oberbefehlshaber der finnischen Armee, Marschall Mannerheim, eine auch von Stalin respektierte Autorität, konnte als Staatspräsident das Land in die Friedensphase hinüberführen.

Vom Herbst 1944 an hatten sich die Wege Finnlands und Deutschlands getrennt. Im Waffenstillstand mit der Sowjetunion hatte Finnland sich verpflichtet, seine Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, mit den entsprechenden Konsequenzen für deutsche Reichsangehörige und deren Eigentum. Die Kriegsreparationen, die Finnland auferlegt wurden, verschlangen jährlich ungefähr 15 % (bis 1947) des Staatshaushalts. Die finnische Armee erhielt die undankbare Aufgabe, die noch in Lappland befindlichen deutschen Truppen zu entwaffnen. Die Aktion war erst Ende April 1945 abgeschlossen; beim Rückzug hinterließen die Deutschen in weiten Teilen verbrannte Landstriche.

Eine Gemeinsamkeit verband aber sicherlich die finnische und deutsche Zivilbevölkerung im Jahr 1945. Nach all den Schrecken und Entbehrungen des Krieges war es der Wunsch nach einem dauerhaften Frieden. Eine Sicherheit dafür gab es jedoch nicht.

Eine der dringendsten Aufgaben in Finnland war die Neuansiedlung von rund vierhunderttausend Kareliern, die ihre Heimat hatten verlassen müssen. Deutschland erlebte mit dem Vorrücken der sowjetischen Armee einen Flüchtlingsstrom ohnegleichen. Nach der deutschen Kapitulation verstärkte sich aber auch eine gegenläufige Bevölkerungsbewegung: Millionen ehemaliger Kriegsgefangener und ausländischer Zwangsarbeiter in Deutschland strebten jetzt ihrer Heimat zu. Befreit wurden nun auch die noch lebenden Gefangenen der Konzentrationslager.

Die meisten Menschen in Deutschland waren im Sommer und Herbst 1945 mit sich selbst und dem Überleben beschäftigt. Alle größeren Städte waren mehr oder minder Ruinenfelder. Elend, Hunger, Angst und Sorge um die Angehörigen, die verschollen oder in Kriegsgefangenschaft geraten waren, das war der Alltag. Normale Lebensverhältnisse schienen unendlich weit entfernt. Vor allem die Frauen waren gefordert. Sie mußten die ersten Wiederaufbauleistungen erbringen; so in den zerstörten Städten, wo sie zur Beseitigung der Schuttberge herangezogen wurden. Von den Lebensmittelrationen auf Karten konnte kaum jemand existieren; Kinder waren unterernährt und litten an Mangelkrankheiten. Wer noch irgend etwas zu veräußern hatte, versuchte damit auf dem Schwarzmarkt das Notwendige zu erwerben.

Auch in Finnland waren die wichtigsten Bedarfsartikel des täglichen Lebens rationiert, die Versorgungslage war aber insgesamt besser als in Deutschland. Im Unterschied zu Deutschland waren in dem zum größten Teil unzerstörten Land Verwaltung und Infrastruktur intakt geblieben. Im März 1945 fanden in Finnland die ersten Nachkriegsparlamentswahlen statt, die von der in Helsinki tätigen Alliierten Kontrollkommission – die wiederum von dem sowjetischen Chefideologen Schdanow geleitet wurde – als Prüfstein der „Demokratie“ betrachtet wurden. Die äußerste Linke, die Volksdemokraten, erhielt immerhin 23% der Stimmen und kamen in die Regierung. Ministerpräsident wurde jedoch der konservativ gesinnte J. K. Paasikivi, derselbe Mann, der 1918 die Monarchie unter einem deutschen Herrscher aus dem Hause Hessen hatte einführen wollen, jetzt aber mit den neuen Realitäten der Nachkriegszeit durchaus umzugehen verstand. Auch wenn die Stimmung weitverbreitet war, nach einem harten Existenzkampf den Krieg verloren zu haben, existierte Finnland im Rahmen seines bisherigen Gesellschaftssystems weiter. In dieser Hinsicht gab es eine bemerkenswerte Kontinuität, trotz der eingeschränkten außenpolitischen Bewegungsfreiheit.

Im besetzten Deutschland konnte man sich hingegen die Frage stellen: Gab es überhaupt noch ein Deutschland? Über die Zukunft ihres Landes bestimmten nicht die Deutschen selbst, sondern die Besatzungsmächte. Auf der Potsdamer Konferenz, die unter Vorsitz von Stalin, Truman und Churchill (später Attlee) in Schloß Cecilienhof im Juli und Anfang August 1945 abgehalten wurde, wurden über Deutschland prinzipielle Beschlüsse gefaßt, ohne daß ein einziger Deutscher beteiligt war. Die schon 1944 beschlossene Einteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen sowie der mitten in der sowjetischen Zone gelegenen Hauptstadt Berlin in vier Sektoren wurde bestätigt. Aus den deutschen Ostgebieten wurde unter Berufung auf die Potsdamer Erklärung die noch an Ort verbliebene deutsche Bevölkerung ausgewiesen.

Als Zweck der alliierten Besetzung Deutschlands gab das Schlußkommuniqué an: „...das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“ Die Folge waren einerseits die Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher, andererseits die sog. Entnazifizierung der übrigen Bevölkerung. Die Amerikaner gingen anfangs der Kollektivschuldthese an und starteten eine umfangreiche Fragebogenaktion. Das Ganze war von Umerziehungsmaßnahmen begleitet. Wer es bisher noch nicht gewußt oder nicht zu glauben gewagt hatte, wurde nun von den Alliierten in Aufklärungsfilmen und Zeitungsartikeln mit der Wahrheit über Auschwitz konfrontiert.

Es war nicht leicht, Schuldige und Nichtschuldige sowie sog. Mitläufer voneinander zu trennen. Verbittert hatte Erich Kästner am Kapitulationstag in seinem Tagebuch vermerkt, daß unter den Nationalsozialisten „die Unschuld wie die Pest“ grassiere. Alle nationalsozialistischen Organisationen wurden verboten und leitende Personen vor Gericht gestellt, auch Ver-

waltung, Lehranstalten und Privatbetriebe wurden mehr oder minder genau durchkämmt. Die Härte, mit der die Bestrafungen erfolgten, war sehr unterschiedlich, manche Strafe wurde nach einiger Zeit erlassen. Besonders einschneidend waren die als „Bodenreform“ propagierten Maßnahmen in der sowjetischen Zone. Durch sie wurde ab 1945 der gesamte Grundbesitz über 100 ha enteignet und zum größten Teil Neubauern, oft Flüchtlingen, zur Verfügung gestellt.

Auch in Finnland hatte die Alliierte Kontrollkommission, allen voran Schdanow, eine Bestrafung der „Kriegsschuldigen“ verlangt. Der entsprechende Prozeß, der Mitte November 1945 begann, endete mit der Verurteilung von acht ehemals ranghohen finnischen Politikern. Einige Organisationen, wie die „Lotta Svärd“, waren auf Veranlassung der Sowjetunion bereits 1944 verboten worden.

In Deutschland gab es in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 auch Anzeichen eines Neuanfangs. Viele Hoffnungen richteten sich auf das Vorbild der demokratisch-liberalen Systeme der angelsächsischen Mächte, aber es gab auch Anhänger eines, wie viele hofften, gerechten und humanen Sozialismus. Die Erfahrungen, die die Zivilbevölkerung mit den Soldaten der jeweiligen Besatzungsmacht gemacht hatten, beeinflussten oft das Meinungsbild. Aus vielen Gründen war es für die Amerikaner am leichtesten, ein positives Image zu vermitteln und Vertrauen zu erwecken, auch wenn ihre erste Direktive, wie die Deutschen zu behandeln seien, sehr streng und unerbittlich war.

Von den sowjetischen Behörden waren bereits im Sommer 1945 die ersten Parteien in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, zugelassen bzw. wiedergegründet worden: als erste die KPD und erst danach die SPD sowie die CDU. Auch im Westen versammelte sich in Köln eine Kerngruppe der CDU, und Ende des Jahres konnte sogar eine „Reichskonferenz“ der Christdemokraten in Bad Godesberg abgehalten werden. Die Arbeit der Parteien war jedoch sehr eingeschränkt, zonenübergreifende Tätigkeit war kaum möglich. Ein sich völlig frei entfaltendes politisches und gesellschaftliches Leben ließen die Alliierten in Deutschland noch nicht zu. Das Mißtrauen war noch zu groß. Andererseits war bei den Deutschen Ideologieskepsis und politisches Desinteresse weit verbreitet.

Für das Kulturleben bedeutete das Jahr 1945 Befreiung und Neuanfang zugleich. Dennoch gab es keine ähnlich stürmische und umwälzende Entwicklung wie nach dem Ersten Weltkrieg. Die materielle Not, die Abstumpfung und Apathie waren jetzt noch ausgeprägter. Die ersten Zeitungen, wie die „Tägliche Rundschau“ in Berlin oder „Die Neue Zeitung“ in München, erschienen unter Aufsicht der jeweiligen Besatzungsmacht. In Berlin hatten die sowjetischen Behörden kaum zwei Monate nach der Kapitulation den „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ ins Leben gerufen. Theater und Kinos spielten wieder. Besonders wichtig war aus alliierter Sicht der Rundfunk. Schon jetzt zeichneten sich hier in Anfängen die Propagandastellungen des Kalten Krieges ab.

Der Kalte Krieg sollte sich in Deutschland u. a. an Wirtschaftsfragen entzünden. Deutschland lag zwar buchstäblich in Trümmern, aber wie stark die deutsche Wirtschaft in ihrer Grundstruktur wirklich gelitten hatte, darüber gibt es unterschiedliche Angaben. Sicherlich war das Jahr 1945 ein Ausnahmejahr in jeder Hinsicht und in vielen Bereichen von Chaos gekennzeichnet. Nicht alle Industrieanlagen waren durch die Luftangriffe unbrauchbar geworden, jedoch Demontagen der Besatzungsmächte, vor allem in der sowjetischen Besatzungszone, fügten den Betrieben irreparablen Schaden zu. Das Verkehrsnetz war zerstört, eine nennenswerte Handelsflotte hatte Deutschland nicht mehr. Ein weiteres Problem war, daß die deutsche Währung völlig zerrüttet war. Die akutesten Aufgaben 1945 aber waren, die Bevölkerung zu ernähren und vor dem Verhungern zu bewahren sowie ihr den nötigen Brennstoff für den Winter zu beschaffen. ■

Die Wieder- aufnahme der deutsch- finnischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Dörte Putensen

Dr. phil. habil.,
geboren 1949 in Rostock.
Studium der Nordeuropa-
wissenschaften und
Geschichte an der Ernst-
Moritz-Arndt-Universität
Greifswald, 1971–80
wissenschaftliche Assi-
stentin an der Sektion
Geschichtswissenschaft
der Universität Greifswald,
Promotion 1976,
1980–1988 wissenschaft-
liche Oberassistentin,
Habilitation 1985, seit
1994 Privatdozentin am
Lehrstuhl für Nordische
Geschichte des Histo-
rischen Instituts der Uni-
versität Greifswald.



Nach dem Zweiten Weltkrieg war Finnland fast völlig von der Sowjetunion abhängig. Die Leitlinie finnischer Außenpolitik bestand aus diesem Grunde darin, das Vertrauen der Sowjetunion zu gewinnen und freundschaftliche Beziehungen gen Osten aufzubauen. Daher hatte während der gesamten Zeit des Kalten Krieges das Verhältnis zur Sowjetunion absolute Priorität in der finnischen Außenpolitik. Im Unterschied zu den Vorstellungen über die Gestaltung der Beziehungen zur Sowjetunion von seiten finnischer Politiker, lagen der finnischen Deutschlandpolitik anfangs keine derartig klaren konzeptionellen Gedanken zugrunde. Die Haltung Finnlands zu beiden Teilen Deutschlands entsprang zunächst eher praktischen Zweckmäßigkeitserwägungen und war eine Reaktion auf die bestehenden Verhältnisse, ehe sie dann seit den 50er Jahren nach den zur Motivierung des finnischen Verhaltens sehr brauchbaren Begriffen der Neutralitätspolitik definiert wurde. Erst wurden praktisch Fakten geschaffen und im Nachhinein politische Begründungen geliefert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten Finnland in erster Linie ökonomische Gesichtspunkte veranlaßt, die Beziehungen zu dem okkupierten Deutschland, mit dem es sich formell noch seit dem 15. September 1944 im Kriegszustand befand, wieder aufzunehmen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau und die angesichts der finnischen Reparationsverpflichtungen notwendige Umstrukturierung und Erweiterung des Produktionsprofils erforderten Material- und Rohstoffimporte nicht zuletzt auch aus dem in der finnischen Importstatistik traditionell an erster Stelle rangierenden deutschen Bezugsgebiet.¹

Im Sommer des Jahres 1947, nach der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrages und der damit verbundenen Wiedererlangung der vollen staatlichen Souveränität, schloß Finnland die ersten Handelsabkommen sowohl mit der sowjetischen als auch mit den westlichen Besatzungszonen ab. Im Ergebnis von Kontaktgesprächen, die die finnische Handelsdelegation aus diesem Anlaß mit Vertretern der in Deutschland stationierten Besatzungsmächte führte, wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß Finnland zur weiteren Regelung seiner Handelsbeziehungen einen ständigen Vertreter nach Deutschland entsenden solle. Als geeignetster Standort wurde Berlin angesehen. Nach Auffassung des Leiters der finnischen Delegation, Botschaftsrat Seppälä, sollte der Vertreter Finnlands – ähnlich dem Schwedens und der Schweiz – für ganz Deutschland zuständig sein, wogegen es zu diesem Zeitpunkt weder von den westlichen noch von der sowjetischen Besatzungsbehörde Einwände gab.²

Noch vor der Errichtung dieser Repräsentation vollzogen sich aber durch die Verschärfung der Differenzen zwischen den Siegermächten und die faktische Einstellung der Tätigkeit der Alliierten Kontrollkommission gravierende Veränderungen der politischen Situation, die die

Finnen zu äußerster Vorsicht und neuerlichen Konsultationen mit den Besatzungsbehörden veranlaßten. Dabei bekräftigte der Leiter der Außenhandelsabteilung der SMAD im Mai 1948 sein Einverständnis mit der Errichtung *einer* finnischen Vertretung in Berlin, während die westlichen Alliierten jetzt – im Juni 1948 – entgegen ihrer ursprünglichen Auffassung auf der Einrichtung einer gesonderten finnischen Vertretung für die Westzonen bestanden.

Seit der Berlin-Blockade stand eine „gesamtdeutsche“ Vertretung Finnlands dann vollends außer Betracht, andererseits konnten sich die Finnen der Komplikationen aber auch nicht einfach durch den Rückzug aus dem Projekt der Handelsmission entledigen: Die Vertretung in der Ostzone war aus politischen Erwägungen – da von den Russen gewollt –, aber auch aus handelspolitischen Gründen notwendig und für die Vertretung in den Westzonen sprachen zwingende wirtschaftliche Erwägungen.

Im September 1948 reiste schließlich Generalkonsul T. H. Heikkilä, der zuvor als Sekretär der Ministerpräsidenten Paasikivi und Pekkala tätig gewesen war, als finnischer Handelsvertreter nach Berlin. Jetzt sollte so schnell wie möglich eine Vertretung für die Westzonen folgen, zumal sie aus wirtschaftlichen Gründen wesentlich wichtiger schien als die im Osten. Im November 1948 wurde Gunnar Palmroth nach Frankfurt/Main entsandt, wo im Januar 1949 mit Einwilligung der Westmächte das Konsulat Finnlands gegründet wurde.

Heikkilä erhielt seine Arbeitserlaubnis von den sowjetischen Besatzungsbehörden und arbeitete eng mit der Deutschen Wirtschaftskommission zusammen. Um die Verbindungen zum sowjetischen Außenministerium zu demonstrieren, sprachen die Finnen von der „Gründung einer Handelsdelegation“, die sowjetischen Besatzungsbehörden plädierten jedoch für die Bezeichnung „Handelsvertretung“. Die Bezeichnungen „Botschaft“ oder „Konsulat“ standen nicht zur Diskussion; sie sollten der künftigen deutschen Regierung vorbehalten bleiben. Diese Regelung betonte den provisorischen Charakter, was der Politik der finnischen Regierung sehr entgegenkam.

Palmroth erhielt seine Arbeitserlaubnis von den westlichen Alliierten und die Vertretung in Frankfurt/M. die Bezeichnung „Konsulat“. Beides führte erstaunlicherweise zu keinen Protesten von sowjetischer Seite. Während im Sprachrohr der sowjetischen Behörden, der „Täglichen Rundschau“, im Februar 1949 die Schaffung von Konsulaten in den Westzonen als Operation der USA zur Festigung des besonderen Status von Westdeutschland kritisiert wurde und die „berühmtesten“ Konsulate genannt wurden, fehlte Finnland bei dieser Aufzählung.³

Solange die sowjetische Besatzungsverwaltung in Ostdeutschland und der Kontrollrat bzw. die Hohe Kommission für Westdeutschland die auswärtigen Beziehungen ihrer Besatzungsgebiete regelten, gestalteten sich die Handelsbeziehungen Finnlands mit beiden Teilen Deutschlands komplikationslos, wie es in einem Promemoria des finnischen Außenministeriums aus dem Jahre 1950 hieß.⁴ Mit Gründung der beiden deutschen Staaten wurde es insofern komplizierter, weil Verhandlungen mit den jeweiligen Außenhandelsgremien zumindest indirekt immer auch die Art und Weise der Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu tangieren drohten.

Dieses Problem wurde im Zusammenhang mit der DDR-Gründung erstmals akut: Der Text und die Warenliste eines neuen Handelsabkommens, über das seit dem 6. Oktober in Berlin verhandelt wurde, konnte am 15. Oktober 1949 nicht unterzeichnet werden, da der finnische Delegationsleiter lediglich bevollmächtigt war, ein Abkommen mit der Deutschen Wirtschaftskommission zu unterzeichnen. Die Aufgaben der DWK waren aber zwischenzeitlich von der Provisorischen Regierung der DDR übernommen worden. Daher konnte das Abkommen vorerst nur paraphiert werden, aber selbst dieser Akt wurde von der Ostberliner Presse aufgebauscht und bereits als de-facto-Anerkennung gewertet,⁵ was der Sache sicher mehr schadete als nützte. Heikkilä signalisierte angesichts dieser Situation bereits im Oktober 1949 nach Helsinki, daß „die Frage der Anerkennung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf der Tagesordnung“ stehe.⁶ Die finnische Seite reagierte auf diese Äußerung nicht. Sie brauchte fast ein halbes Jahr, um eine von Präsident Paasikivi unterzeichnete Vollmacht zu präsentieren, die dazu berechtigte, das paraphierte Handelsabkommen von Regierung zu Regierung zu unterzeichnen. In der Zwischenzeit wurden Finnland – offensichtlich auch durch Heikkiläs Verhalten bestärkt – inoffiziell mehrere Vorschläge zur de-jure-Anerkennung der DDR nahegebracht, von der auch einige finnische Regierungsmitglieder und Beamte des

Außenministeriums meinten, daß sie über kurz oder lang ohnehin nicht zu umgehen sei.⁷ Das sollte aber erst geschehen, wenn die finnische Regierung dazu gezwungen wäre und in einer solchen Zwangslage sah sie sich 1950 nicht. Der Druck der DDR-Regierung ging auch nicht soweit, daß sie offizielle Anerkennungsersuchen gestellt hätte. Die finnische Regierung hielt vorerst eine de-facto-Anerkennung für angemessen, zumal Heikkilä verschiedenen Andeutungen zu entnehmen glaubte, daß die DDR-Führung sich damit zufriedengeben würde.⁸ Heikkilä befürwortete persönlich zwar auch lediglich die Errichtung einer Handelsvertretung, er gab allerdings zu bedenken, daß ein positives Verhältnis zur DDR eines der effektivsten Mittel zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion sein könnte: Da die DDR eine Schöpfung Stalins sei und sich daher größerer Fürsorge als irgendein volksdemokratisches Land erfreue, müsse die deutsche Frage in engem Zusammenhang mit der sowjetischen Außenpolitik gesehen werden. Finnland müsse – so Heikkilä – abwägen und so handeln, daß ihm kein Schaden daraus erwachsen würde.⁹

Bezeichnenderweise hatte Paasikivi angesichts derartiger Überlegungen bereits am 30. März 1950 in seinem Tagebuch nur lakonisch vermerkt: „Heikkilä hat die Frage der Anerkennung der DDR aufgeworfen, was von großer Dummheit zeugt.“¹⁰

Als Heikkilä dann am 22. 3. 1950 endlich die Vollmacht des finnischen Präsidenten zur Unterzeichnung des Handelsabkommens vom 10. 3.¹¹ vorlegen konnte, zeigte sich, daß es auf seiten der DDR unterschiedliche Auffassungen zur Unterzeichnung des Handelsvertrages mit Finnland gab. Während das Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung im Interesse der reibungslosen Abwicklung des Warenaustausches auf eine schnellstmögliche Unterzeichnung drängte¹², hielt das Außenministerium ein derartiges Vorgehen für einen „außenpolitisch untragbaren Weg“. Außenminister Dertinger meinte gegenüber Ministerpräsident Grotewohl, die Position der DDR sei stark genug, um eine de-jure-Anerkennung von der finnischen Regierung als Voraussetzung für eine Ratifizierung des Handelsabkommens zu fordern.¹³ In gleicher Weise informierte Anton Ackermann Walter Ulbricht, wobei er sich auf einen Hinweis „von höchster Stelle“, „aus M.“ (=Moskau), bezog.¹⁴ Die Prozedur der Unterzeichnung des regulären Handelsabkommens wurde also von den DDR-Instanzen in der Hoffnung verzögert, auf diese Weise von Finnland die diplomatische Anerkennung zu erzwingen. Den Finnen wurde zu verstehen gegeben, man habe erwartet, „daß Finnland als Nachbar der Sowjetunion in außenpolitischer Hinsicht mehr machen würde als die anderen westlichen Länder.“¹⁵ Da sich diese Hoffnungen nicht zu erfüllen schienen, sah sich die DDR im Herbst 1950 veranlaßt, einzulenken. Sie erklärte sich jetzt bei Unterredungen mit Heikkilä zur Unterzeichnung des Handelsabkommens bereit – auch ohne ausdrückliche de-facto- geschweige denn de-jure-Anerkennungserklärung Finnlands.

Vor ähnlich gelagerten Problemen standen die Finnen auch in Westdeutschland. Das finnische Konsulat in Frankfurt/Main bzw. in Köln (seit Sommer 1951) behielt nach der Gründung der Bundesrepublik zunächst unverändert seinen ihm durch die Hohe Kommission erteilten Status. Im Oktober 1951 teilte das Auswärtige Amt dann allerdings mit, daß das Konsulat nach Auflösung der Hohen Kommission einer Tätigkeitserlaubnis durch die Bundesregierung bedürfe. Diese sei allerdings nicht erforderlich bei einer Umwandlung des Konsulats in eine Handelsvertretung. Da Finnland daran gelegen war, ein offizielles Ersuchen an die diplomatisch nicht anerkannte Bundesregierung zu umgehen, wurde das Problem im gegenseitigen Einvernehmen schließlich in der Weise gelöst, daß der Leiter der finnischen Vertretung, Olavi Munkki, die Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes in einem „persönlichen Brief“ über den Entschluß der finnischen Regierung informierte, in Köln eine „Handelsvertretung der Republik Finnland“ zu errichten. Auf diese Weise wurde die Vertretung auch ohne formellen Antrag auf die Diplomatenliste gesetzt. Ihre Mitarbeiter erhielten volle diplomatische Rechte, eine Stellung, die wenig später auch die DDR den Angehörigen der finnischen Mission in Ostberlin einräumte.

Analog zu der finnischen Repräsentanz in Deutschland errichteten die Bundesrepublik, u. a. auch auf ausdrückliche finnische Anregung¹⁶, im März 1953 und bald darauf auch die DDR ihrerseits Handelsvertretungen mit vollen diplomatischen und konsularischen Rechten in Helsinki. Der einzige Unterschied zwischen diesen Handelsvertretungen und normalen Botschaften anderer Länder bestand praktisch darin, daß die Leiter der Handelsvertretungen bei

den Außenministerien, also den Regierungen, die Botschafter hingegen bei den Staatsoberhäuptern akkreditiert waren.

Damit hatte sich bis 1953 schrittweise der Rahmen für die finnische Deutschlandpolitik herausgebildet, der von allen Beteiligten stets nur als ein Provisorium verstanden wurde, das aber immerhin fast zwei Jahrzehnte Bestand haben sollte. Das war zunächst weder absehbar noch unbedingt wünschenswert, garantierte aber auch auf Dauer durchaus praktikable Lösungen der anstehenden Aufgaben und galt letztlich wohl für jeden der drei betroffenen Staaten als das kleinere Übel. Ausgangspunkte und Ziele dieser Politik waren in erster Linie praktischer und handelspolitischer Natur. Eine langfristige Strategie hatte die finnische politische Führung für ihre Deutschlandpolitik bis zu diesem Zeitpunkt ganz offensichtlich nicht. Die Argumente, die der politischen Führung Finnlands später zur Rechtfertigung ihrer Deutschlandpolitik dienten, spielten Ende der 40er Anfang der 50er Jahre noch keine Rolle. So wurde der Artikel 10 des Pariser Friedensvertrages als Grundargument für die finnische Deutschlandpolitik erst später (seit 1954/55) herangezogen, als sich die Grundrichtung dieser Politik längst herauskristallisiert hatte. Auch der Bezug zur finnischen Neutralität als Grundlage der Deutschlandpolitik wurde bis Mitte der 50er Jahre nicht hergestellt.

Da die deutsche Frage über viele Jahre zu den zentralen Konfliktstoffen zwischen den Großmächten gehörte, hielt es Finnland jedoch weiterhin für angebracht, einer Stellungnahme zu diesem Problem so weit wie möglich auszuweichen. Daher beließ es seine offiziellen Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten auf einem niedrigen Niveau, d. h. unterhalb der Schwelle der diplomatischen Anerkennung und baute sie nach dem Prinzip der Gleichrangigkeit auf.

Die finnische Politik, keinen der deutschen Staaten diplomatisch anzuerkennen, konnte weder die Bundesrepublik noch die DDR voll befriedigen, kam aber andererseits ihren konträren Interessen in bestimmter Hinsicht durchaus entgegen. Für die Bundesrepublik mit ihrer gefestigten internationalen Position war die Weigerung Finnlands, die DDR anzuerkennen, letztlich wichtiger als eine eigene diplomatische Mission in Helsinki. Für die DDR blieb es ein Ärgernis, daß ihre langjährigen Hoffnungen und Bemühungen, die diplomatische Blockade des Westens gerade in Helsinki zu durchbrechen, nicht zum Erfolg führten. Sie konnte aber andererseits dennoch gerade die finnische Haltung immer wieder zu Recht als Zurückweisung des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs präsentieren.

Im Gegensatz zur DDR sind von bundesdeutscher Seite Überlegungen, eine diplomatische Anerkennung Finnlands zu erreichen, allem Anschein nach nur in einer sehr frühen Phase des Geschehens, 1953/54, angestellt und danach auf Dauer ad acta gelegt worden.

Im Zusammenhang mit dem finnischen Beschluß über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland wurde im Verlauf des Jahres 1954 sowohl im Auswärtigen Amt als auch im finnischen Außenministerium erwogen, den Status der beiderseitigen Vertretungen zu verändern. Das Auswärtige Amt entschied sich letztlich aber für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes, da nicht auszuschließen war, daß Finnland am Prinzip der Gleichrangigkeit festhalten und entsprechend auch die DDR anerkennen könnte¹⁷ und lieferte der finnischen Regierung zugleich noch folgende Argumentationshilfe: „Wenn so verfahren würde, könnte vielleicht die finnische Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR mit der Begründung ablehnen, sie wolle gemäß den Verpflichtungen, die sie im Friedensvertrag den Mächten gegenüber übernommen habe, völlig neutral bleiben und weder mit der DDR noch mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufnehmen. Der gegenwärtige Stand der Beziehungen – Handelsvertretungen – genüge dem tatsächlichen Bedürfnis völlig.“¹⁸ Auf dieses Argument griff die finnische Regierung in den folgenden Jahren dann ja auch tatsächlich immer wieder zurück.

Im Zusammenhang mit den kurzzeitigen internationalen Entspannungstendenzen 1955 artikulierten sich in der finnischen Öffentlichkeit dann erneut Meinungen, daß „Finnland ... sich offiziell an der Lösung der deutschen Frage als einem Teil einer allgemeinen europäischen Friedenskampagne beteiligen“ solle, das Außenministerium hielt jedoch unbeirrt an seinem bisherigen Standpunkt fest und begründete ihn erstens mit dem Artikel 10 des Friedensvertrages und zweitens wurde darauf verwiesen, daß Finnland seine Deutschlandpolitik erst ändern würde, nachdem die Großmächte eine Lösung gefunden hätten.¹⁹ Dennoch herrschte auf

bundesdeutscher Seite zu diesem Zeitpunkt eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich einer möglichen Modifizierung der finnischen Deutschlandpolitik, die sich vor allem in den im Zusammenhang mit dem Abschluß des Staatsvertrages zwischen der Sowjetunion und der DDR im Sommer 1955 in den westdeutschen Medien angestellten Überlegungen und Spekulationen über eine mögliche Anerkennung des ostdeutschen Staates niederschlug, bei denen auch Finnland mehrfach genannt wurde. Nahrung erhielten derartige Spekulationen insbesondere durch die finnisch-sowjetischen Verhandlungen zur Verlängerung des FZB-Vertrages. So behauptete die Frankfurter Rundschau vom 28. 9. 1955, daß nach den finnisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau „ein Schritt Finnlands in der Luft zu liegen“ schien. Laut „Der Spiegel“ vom gleichen Tag sollte Kekkonen Grotewohl in Moskau zugesichert haben, er wolle sich in Regierung und Parlament für den „Austausch von Botschaften zwischen Pankow und Helsinki“ einsetzen.²⁰ Die sowjetische Staatsführung hatte zwar eine Begegnung zwischen den zeitgleich in Moskau weilenden führenden Staatsmännern der DDR und Finnlands arrangiert, allerdings war dieses Treffen ganz offensichtlich ohne nennenswerte Konsequenzen geblieben. Paasikivi soll sich im wesentlichen darauf beschränkt haben, unverbindlich von seiner Studienzeit in Leipzig und seinen verschiedenen Berlinbesuchen zu plaudern.²¹

Tatsächlich war nach dem Abschluß des Staatsvertrages zwischen der UdSSR und der DDR sowie der diplomatischen Anerkennung der Bundesrepublik durch die Sowjetunion zwar im finnischen Außenministerium eingeschätzt worden, daß durch diese Schritte die deutsche Frage in ein neues Stadium getreten sei, eine Anerkennung beider deutscher Staaten durch Finnland jedoch dennoch nicht ratsam wäre. Da einkalkuliert werden mußte, daß die Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Finnland ablehnen würde, könnten Finnland unnötige Schwierigkeiten erwachsen.²²

Um Finnland zur Beibehaltung seines Kurses der Nichtanerkennung beider deutscher Staaten zu ermutigen, übergab Generalkonsul Könning im September 1955 einem Vertreter des finnischen Außenministeriums eine Erklärung Konrad Adenauers vor dem Bundestag vom 22. 5. 1955, in der er ausdrücklich hervorgehoben hatte, daß die Bundesregierung auch künftig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR durch dritte Staaten als einen unfreundlichen Akt ansehen würde. Könning hob ausdrücklich hervor, daß das auch für Finnland gelte.²³

Ähnlich war auch der Tenor eines Interviews mit Außenminister von Brentano Anfang 1956, in dem er sagte: „Wir wollen und werden die freundschaftlichen Beziehungen zu Finnland pflegen. Wir wollen sie in keiner Weise belasten. Aber wir können – das werden Sie verstehen – nicht in diesen circulus vitiosus eintreten, daß wir dem eigenen Grundsatz untreu werden, daß wir eben keine diplomatischen Beziehungen dort errichten, wo die DDR vertreten ist.“²⁴

Auf diese Weise hat die Bundesrepublik ihrerseits zur Stabilisierung der finnischen Sonderstellung im Verhältnis zu beiden deutschen Staaten beigetragen. Ihr erschien die Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre entstandene Lage akzeptabler als eine mögliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Finnland, die sie aus eigenem finnischen Entschluß zwar nicht erwartete, aber im Ergebnis äußeren Drucks auf die finnische Regierung doch nie ganz ausschließen konnte und besonders in Krisensituationen im sowjetisch-finnischen Verhältnis, vor allem während der Nachtfrostperiode 1958 und der Notenkrise 1961, befürchtete.

Auf Veränderungen der internationalen und der nationalen finnischen Situation im weiteren Verlauf der 50er und in den 60er Jahren reagierte die Bundesrepublik daher wiederholt mit entsprechenden Befürchtungen über eine mögliche Änderung der finnischen Haltung, die DDR ihrerseits bekundete zunehmend Ungeduld über die fehlende diplomatische Anerkennung und vergrößerte zielgerichtet ihre Aktivitäten. In diesem Spannungsfeld bewegte sich die finnische Politik bis Anfang der 70er Jahre. Finnland sah sich also ständig konfrontiert einerseits mit der überaus aktiven Politik der DDR, die – wenn überhaupt – in Finnland das erste und einzige westliche Land sah, in dem eine Anerkennung möglich schien und andererseits der Politik der Bundesrepublik, die die Nichtanerkennung des eigenen Staates bereit war in Kauf zu nehmen, um die Anerkennung des anderen deutschen Staates zu verhindern. Diese Zielstellungen bestimmten die west- und auch die ostdeutsche Politik Finnland gegenüber bis Anfang der 70er Jahre.

Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR versuchten auf Grund dieser Konstellationen, Finnland als Terrain für die deutsch-deutsche politische Auseinandersetzung zu nutzen und es für sich und ihre politischen Zwecke zu vereinnahmen. Jedem der deutschen Staaten war daran gelegen, seine eigene Position in Finnland auf- und die des anderen möglichst abzuwerten. In den Fällen, wo diese Bestrebungen ganz offensichtlich mit den Grundprinzipien der finnischen Neutralitätspolitik unvereinbar schienen und die Finnen sich zu eindeutig in die Position eines Schiedsrichters gedrängt sahen, wehrten sie sich.

Diese permanente Konkurrenzsituation, in der sich beide deutsche Staaten in Finnland – bedingt durch die finnische Politik der Gleichbehandlung – befanden, führte dazu, daß sich beide in einer Art „Lauerposition“ sahen, bestimmte Aktivitäten oft Reaktionen auf vorausgegangene oder geplante Aktionen der Gegenseite waren und daß die Politik der beiden deutschen Staaten mit einem Auge auf Finnland, aber mit dem anderen Auge auf den jeweils anderen deutschen Staat gerichtet war. So wurde das neutrale Finnland zum Schauplatz deutsch-deutscher Konkurrenz, die zum Teil groteske und beschämende Formen annahm. DDR-Offizielle bezeichneten es intern wiederholt als eine der wichtigsten Aufgaben in Finnland, „unter allen Umständen und mit allen Mitteln den Einfluß Westdeutschlands zurückzudrängen.“²⁵ Die bundesdeutschen Instanzen verfolgten bezüglich der DDR-Präsenz in Finnland das gleiche Ziel.²⁶

Aus den bereits genannten unterschiedlichen Zielen, die die west- und ostdeutsche Finnlandpolitik verfolgten, ergab sich fast zwangsläufig, daß Finnland in der DDR-Außenpolitik einen wesentlich größeren Stellenwert hatte als in der bundesdeutschen.

Im Gegensatz zur DDR hielt sich die Bundesrepublik in Finnland politisch ziemlich zurück, sie wirkte über die Deutsche Schule, die Deutsche Gemeinde, die Deutsche Bibliothek und vor allem waren die ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen ein Mittel der Einflußnahme. Finnland hatte insgesamt für die bundesdeutsche Außenpolitik keine herausragende Bedeutung. Anders verhielt es sich mit der DDR. Für sie galt Finnland zumindestens in Nordeuropa als ein absolutes Schwerpunktland, weil ihr hier die diplomatische Anerkennung, von der man sich dann eine Kettenreaktion erhoffte, am wahrscheinlichsten oder am ehesten möglich schien. Die DDR-Handelsvertretung hatte mehrere Jahre – etwa bis 1957 – relativ unauffällig gewirkt und sich auf ihre eigentliche Aufgabe, die Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern, konzentriert, was in Berlin auf Unzufriedenheit und mehrfache Kritik stieß. Das DDR-Außenministerium drängte die Handelsvertretung in Helsinki wiederholt, politisch aktiver zu werden. Das gelang letztlich erst allmählich nach der Auswechslung des Leiters der Handelsvertretung und deren personellem Ausbau. Der Außenhandelspezialist Hans Bahr wurde im September 1956 durch den Hochschullehrer Prof. Rudolf Agricola abgelöst. Agricola war von 1945 bis 1948 Redakteur der Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg gewesen, danach hatte er eine Professur an der Universität Halle-Wittenberg übernommen und deren Institut für politische Ökonomie geleitet. Später war er Prorektor und Rektor der Hallenser Universität; 1949 wurde er Abgeordneter der Volkskammer. Er entfaltete im Gegensatz zu seinem Vorgänger auf Weisung aus Berlin in Helsinki umfangreiche politische und kulturelle Aktivitäten. Gleichzeitig wurde die Zahl der Mitarbeiter der DDR-Handelsvertretung von 18 (1956) auf 26 (1957) und 1960 auf 38 Personen erhöht.²⁷

Darüber hinaus kam es in der Handelsvertretung mit Beginn von Agricolas Einsatz in der Weise zu Umstrukturierungen, daß von nun an ein separater Handelsrat eingesetzt wurde und die außenpolitische sowie die handelspolitische Abteilung damit stärker voneinander getrennt wurden.²⁸ Ein Schwerpunkt der Arbeit der DDR-Handelsvertretung sollte darin bestehen, die „Kontakte zu den Spitzen der Regierung weiter zu festigen und neue vor allem Arbeitskontakte in den verschiedenen Ministerien und Institutionen des finnischen Staates zur Wahrnehmung unserer Interessen in Finnland zu schaffen.“²⁹ Entsprechend dieser Direktive bemühten sich die DDR-Vertreter in den folgenden Jahren – eigentlich bis hin zur Anerkennung – vorrangig, ja fast vordergründig, um Kontakte zu Regierungsmitgliedern zu höheren Beamten, Parlamentariern, zu Parlamentsfraktionen und zu hochrangigen Politikern verschiedener Parteien. Sie versuchten diese zu Besuchen in der DDR zu animieren bzw. Einladungen für hochrangige DDR-Politiker nach Finnland zu erwirken. Die DDR-Führung war sich zweifellos dessen bewußt, daß die Bundesrepublik in Finnland über wesentlich bessere Positionen verfügte,

vor allem hatte die DDR der Bundesrepublik auf dem finnischen Markt nichts gleichwertiges entgegenzusetzen.

Am erfolgreichsten agierte und konkurrierte die DDR mit der Bundesrepublik auf kulturellem und sportlichem Gebiet, dem wohl einzigen Terrain, auf dem Finnland von der im allgemeinen lästigen deutsch-deutschen Konkurrenzsituation wirklich profitierte. Als das seit Ende der 50er Jahre deutlich wurde, begann die Bundesrepublik Finnland mehr Aufmerksamkeit zu schenken und machte es vorübergehend zu einem Schwerpunkt in der Auslandsarbeit.³⁰

Es war zweifellos so, daß die DDR in dem beständigen Bestreben, ihren Status in Finnland unbedingt weiter aufzubessern, in vieler Hinsicht den Bogen überspannte und über längere Perioden eine vordergründige politische Propaganda betrieb, die bei vielen Finnen nicht ankam und in Einzelfällen auch ein Einschreiten des finnischen Außenministeriums zur Folge hatte.³¹ Andererseits brachten aber auch die bundesdeutschen Vertreter mit ihren wiederholten Protesten – u. a. wegen des Hissens der sog. Spalterflagge oder des Spielens der DDR-Nationalhymne – das finnische Außenministerium mehrfach in eine schwierige Lage.³² Die offiziellen finnischen Stellen verhielten sich gegenüber den stereotypen Versuchen beider deutscher Staaten, ihre eigenen Auffassungen über den jeweils anderen Staat und über die Lösung der deutschen Frage an den Mann zu bringen, distanziert, vermieden möglichst jede Stellungnahme zu derartigen Aktionen und waren bestrebt, keine Positionen für oder gegen die eine oder andere Seite zu beziehen.³³ Sie bemühten sich auch immer wieder um eine Ausgewogenheit in den staatlichen Beziehungen zu beiden deutschen Staaten, versuchten die vielfältigen Initiativen der DDR, vor allem in Bezug auf den Abschluß zwischenstaatlicher Verträge in den 60er Jahren zu bremsen, weil jedes Zugeständnis einer Seite gegenüber die andere auf den Plan gerufen hätte. Daher wurde „Passivität in den Beziehungen zu beiden Teilen Deutschlands“ als eine Voraussetzung finnischer Neutralitätspolitik betrachtet.³⁴ Dessen ungeachtet konnte die Bundesrepublik ihre bereits Anfang der 60er Jahre allseitig gut entwickelten Kontakte zu Finnland weiter ausbauen. Und auch der DDR gelang es trotz vieler Probleme und zum Teil selbst verschuldeter Schwierigkeiten im Laufe der 60er Jahre, in Finnland ihr Image und ihre Einflußmöglichkeiten spürbar zu verbessern, in der finnischen Öffentlichkeit immer stärker das Bewußtsein von der Existenz zweier deutscher Staaten durchzusetzen und sich eine wirkungsvolle Lobby für die volle Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen zu schaffen.

Die Bundesrepublik warf angesichts derartiger Tendenzen ihr ganzes Gewicht in die Waagschale, um Finnland so lange wie möglich zur Weiterführung seiner Nichtanerkennungspolitik zu bewegen, was ihr zum großen Teil ja auch gelang.

Fazit: Die deutsche Frage hatte sich schon sehr frühzeitig für Finnland als ein überaus diffiziles Problem erwiesen. Die Teilung Deutschlands begründete insofern ein grundlegendes Dilemma finnischer Außenpolitik, als die deutsche Spaltung einer der ersten Fälle war, in denen sich Finnland vor eine Wahl zwischen Ost und West gestellt sah.³⁵

Finnland wollte weder als einzige westliche Demokratie die DDR noch – aus Rücksicht auf die Sowjetunion – allein die Bundesrepublik anerkennen und regelte daher die Beziehungen zu beiden deutschen Staaten auf einer sehr niedrigen Ebene, was die Herstellung vielseitiger Kontakte in den verschiedensten Bereichen aber keineswegs beeinträchtigte. ■

Anmerkungen

- ¹ Ilmari Harki, *Sotakorvausten aika*, Jyväskylä 1971, S. 89.
- ² Siehe: Ulkoministeriön Arkisto, im folgenden UM, 12 L Saksan, P. M. Suomen Saksan-politiikan muotoutumisen 1947–1953, von Keijo Korhonen, 8. 9. 1967, S. 2.
- ³ Ebenda.
- ⁴ UM, C 5 Raportit Berliini 1944–1949.
- ⁵ Berliner Zeitung vom 18. 10. 1949.
- ⁶ UM, 7 D 2, Saksan kysymys, Kansio 301, T. H. Heikkilä, P. M. Itä-Saksan kysymys, Helsinki 24. 10. 1949.
- ⁷ UM, 12 L Itä-Saksa, T. H. Heikkilä, P. M. Saksan demokraattisen tasavallan tunnustaminen, 5. 4. 1950.

- ⁸ UM, 58 B Itä-Saksa, T. H. Heikkilä, Saksan demokraattisen tasavallan tunnustaminen, 30. 1. 1950.
- ⁹ Wie Anm. 7
- ¹⁰ J. K. Paasikiven päiväkirja 1944–1956, Bd. 2: 25. 4. 1949–10. 4. 1956, Hrg.v. Yrjö Blomstedt/Matti Klinge, Porvoo-Helsinki-Juva 1986, S. 103 und 113.
- ¹¹ UM, 58 B 1 Itä-Saksa, Kansio 147.
- ¹² Siehe Schreiben von Staatssekretär Genter-Gilmans an Außenminister Dertinger vom 27. 3. 1950, in: Stiftung der Parteien und Massenorganisationen der DDR, im folgenden: SAPMO, NY 4090/490 Nachlaß Grotewohl, Blatt 176 f.
- ¹³ Außenminister Dertinger an Grotewohl vom 28. 3. 1950, in: SAPMO, NY 4090/490 Nachlaß Grotewohl, Bl. 173 ff.
- ¹⁴ Ackermann schrieb u. a. weiter: „...Die Finnische Regierung ist an diesem Handelsvertrag sehr interessiert, sie zögert aber noch, die DDR de jure anzuerkennen. Es ist uns nahegelegt, unter diesen Umständen die Unterzeichnung des Handelsvertrages nicht vorzunehmen, sondern diesen politischen Schritt abzuwarten.“ Zwei Begegnungen mit Heikkilä hätten klar gezeigt, daß „die Regierung Finnlands die de-jure-Anerkennung in die Wege zu leiten beabsichtigt. Würde der Handelsvertrag unterzeichnet werden, so hätte sie keinen Grund mehr dazu. Von höchster Stelle hat man uns aber wissen lassen, daß Interesse für die Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Finnland besteht...“ Brief Ackermanns an Ulbricht vom 26. 4. 1950, in: SAPMO, NY 4182/1314 Bestand: Walter Ulbricht.
- ¹⁵ Wie Anm. 7
- ¹⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, im folgenden: PAAA, Abt. 2, Bd. 247, Aufzeichnung, gez. Kordt, 6. 1. 1953.
- ¹⁷ Vgl.: Ulkopoliittisia lausuntoja ja asiakirjoja, Ulkoasiainministeriön julkaisuja (ULA), 1973, Helsinki 1974, S. 75.
- ¹⁸ PAAA, Abt. 2, Bd. 247, Aufzeichnung, gez. Strohm, 6. 4. 1954.
- ¹⁹ UM, 7 D 2 Saksan kysymys, R. R. Seppälä, Suomi ja Saksan kysymyksen ratkaisu, vom 16. 2. 1955.
- ²⁰ UM, 7 D 2 Saksan kysymys, Kansio 303.
- ²¹ Siehe: Peter Lübbe, Kulturelle Auslandsbeziehungen der DDR. Das Beispiel Finnland, Bonn 1979, S. 67.
- ²² Vgl. UM, 7 D 2, Saksan kysymys, Kansio 303, V. J. Ahokas, Suomen ja Saksan suhteitten järjestyminen, 27. 9. 1955.
- ²³ UM, 12 L Länsi-Saksa, R. R. Seppälä, 27. 9. 1955.
- ²⁴ UM, 12 L Länsi-Saksa, Olavi Munkki, Raportti n:o 5, 25. 2. 1956.
- ²⁵ SAPMO, DY 30/IV 2/20/281, ZK der SED, Abt. Internationale Verbindungen, Bl. 75, Protokoll vom 27. 12. 1960.
- ²⁶ Siehe u. a.: PAAA, Ref. 203, Bd. 138, Betr.: Allgemeine Instruktion für den neuen Leiter der Handelsvertretung in Helsinki, 17. 3. 1961; PAAA; Ref. 203, Bd. 139, v. Brentano an den Leiter der Handelsvertretung der Bundesrepublik Deutschland in Finnland, Dr. Böx, 10. 8. 1961.
- ²⁷ SAPMO, DY 30 IV 2/20/284, Bl. 29.
- ²⁸ Ebenda, Bl. 2 ff.
- ²⁹ SAPMO, DY 30 IV 2/20/ 284, Bl. 31.
- ³⁰ Siehe u. a. PAAA, Abt. 2., Bd. 247 Halbjahresbericht der Handelsvertretung 1959, vom 30. 6. 1959, oder PAAA, Ref. 203, Bd. 141, Aufzeichnung von VLR I Dr. Geffcken, vom 14. 12. 1959.
- ³¹ SAPMO, DY 30 IV A 2/20/567, Bl. 12, Rechenschaftsbericht, 10. 5. 1964.
- ³² Siehe u. a.: PAAA, Ref. 203, Bd. 139, Overbeck an AA, 17. 11. 1960.
- ³³ SAPMO, DY 30 IV A 2/20/566, Vermerk über ein Gespräch mit dem Botschaftsrat der UdSSR-Vertretung in Finnland, 18. 3. 1964. Die bundesdeutsche Seite vermerkte mehrfach kritisch, daß die finnischen Behörden die westdeutschen Proteste gegen eine Überschreitung der Befugnisse von seiten der DDR-Vertretung nicht genügend ahndeten. Siehe u. a. PAAA, Ref. 203, Bd. 147, HV an AA, Betr.: Sowjetzonal Handelsvertretung in Helsinki, vom 21. 4. 1959.
- ³⁴ UM 12 L Saksa (Itä-Saksa), Max Jakobson, P. M. vom 21. 9. 1963.
- ³⁵ Vgl. Tuomas Forsberg, Finnland und Deutschland, in: Nordeuropa und die deutsche Herausforderung, hrg. v. Burkhard Auffermann/Pekka Visuri, Baden-Baden 1995, S. 144